

GRAPHISCHE

Nr. 29 / 44. Jg.

PRESE

17. Juli 1931

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. inkl. Zustellung pro Monat. Zu bezug durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.-Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schaft: Montag, Fernruf: B 2, Litzow 5383.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk. bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten. **Postverlagsgort Schkenditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Unser Verband — unsere Kraft!

III.
Im Mittelpunkt der Diskussion und der Beratung steht bei der Kollegenschaft als auch im Funktionärkörper die Neugestaltung der Krankenunterstützung. Bevor wir an die Begründung des Antrages der Verbandskörperschaften gehen, soll ein kurzes Wort über die Stellung zu dieser Frage gegeben sein. Die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften sind zu einer Zeit geschaffen worden, als die staatliche Fürsorge bei weitem nicht die Bedeutung für die Arbeiterschaft hatte, als es heute z. B. mit der Krankenversicherung der Fall ist. Der Staat, welcher einsehen mußte, daß die Gewerkschaften mit Schaffung dieser Unterstützungseinrichtung nicht nur materiell ihren Mitgliedern helfen, sondern daß dabei auch die Ideologie der Arbeiterschaft nicht in dem staatsbejahenden Sinne, wie es gewünscht war, beeinflusst wird, ging daran, diesen Unterstützungsgedanken der Gewerkschaften zu unterhöhlen. Erreicht war, was der Zweck sein sollte, eine größere staatliche Fürsorge für Kranke. Die Krankenunterstützung hat sich in den einzelnen Gewerkschaften verschiedentlich stark durchgesetzt. Es ist kein Zweifel, daß in unserer Organisation die Freunde für diesen Unterstützungszweig in reichlichem Maße Erfüllung ihrer Wünsche fanden, was um so leichter möglich war, da die finanzielle Lage der Organisation keine allzuschweren Bedenken gegen eine Überspitzung auf diesem Gebiet nötigte.

Zu beachten ist immer bei den folgenden Ausführungen, daß in den Organisationen die gewerkschaftliche Aufgabe das Primäre sein muß und daß die Unterstützungseinrichtungen an zweiter Stelle bewertet werden müssen. Solange die bisher übliche Krankenunterstützung die gewerkschaftlichen Aufgaben nicht behinderte, war keine Ursache vorhanden, an eine Reduzierung der Unterstützungssätze zu gehen. Die graphische Darstellung in der vorigen Nummer der „Graphischen Presse“ zeigt uns die Steigerung der Arbeitslosenzahl in den letzten 3 Jahren. Die Abbildung, welche wir heute unseren Kollegen unterbreiten, veranschaulicht in ganz drastischer Weise, daß die Arbeitslosigkeit in ihrer Dauer für jeden einzelnen eine gewaltige Vermehrung erfahren hat. Wir sehen an dieser Darstellung, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit jener Kollegen, welche über 27 Wochen im Jahre dem Produktionsprozeß fernbleiben mußten, von Jahr zu Jahr einen immer größeren Raum

eingenommen hat. Am deutlichsten kommt das zum Ausdruck, wenn wir uns die letzte Spalte ansehen jener Kollegen, welche 52 Wochen arbeitslos waren. Mehr denn 8 Reihen waren nötig, um die Arbeitslosigkeit dieser betreffenden Spalte für das Jahr 1930 aufzuzeichnen, wohingegen für 1928 reichlich eine Spalte genügte. Mit dieser Darstellung soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die verlängerte Arbeitslosendauer die Ursache ist, daß der Unterstützungsanspruch bei Arbeitslosigkeit in seinem ganzen Umfange ausgenützt wird. Daraus muß man schließen, daß der Beitragsanteil, der zur Bestreitung der Arbeitslosenunterstützung in Anrechnung gebracht wird, von derselben restlos aufgezehrt wird. Die Zuschüsse, welche zu dieser Unterstützung noch gebraucht werden, und das sind wirklich keine geringen, müssen von den Mitteln genommen werden, welche für gewerkschaftliche Zwecke vorgesehen sind.

Wie ist nun eigentlich das Verhältnis der Krankenunterstützung zur Arbeitslosenunterstützung? Normale Verhältnisse haben uns gelehrt, daß die Krankenunterstützung in der bisherigen Höhe nicht gerechtfertigt ist. Es kann nach keiner Richtung hin verantwortet werden, daß die Gesamtsumme der ausgezahlten Krankenunterstützung wesentlich höher ist als die Arbeitslosenunterstützung. Wir müssen zu Einsparungen kommen, und deshalb muß an der Stelle angefaßt werden, wo eine Reduzierung von der Kollegenschaft am leichtesten zu tragen ist. Eine einfache Überlegung muß jeden Kollegen zu der Überzeugung bringen, daß das Opfer, welches hier gebracht werden soll, tragbar ist. Eine Gegenüberstellung des kranken Kollegen mit dem Arbeitslosen zeigt die ungünstigere Situation des letzteren. Der Arbeitslose hat durch den Verlust seiner Stellung die Unsicherheit über die Dauer seiner Arbeitslosigkeit. Der kranke Kollege hingegen behält in den weitaus meisten Fällen seine Arbeitsstelle, er kann auch mit einiger Sicherheit annehmen, wann seine Krankheit gehoben ist. Dazu kommt aber — und das ist das Wesentliche —, daß die Krankenunterstützung seitens der Krankenkassen höher ist, denn die Arbeitslosenunterstützung. Wenn also zwischen diesen beiden Unterstützungen entschieden werden soll, so kann die Entscheidung nicht schwer fallen, wenn man dabei noch überlegt, welche Bedeutung die Arbeitslosenunterstützung zur Erhaltung unseres Lohnes hat.

Unter gar keinen Umständen kann es so weiter

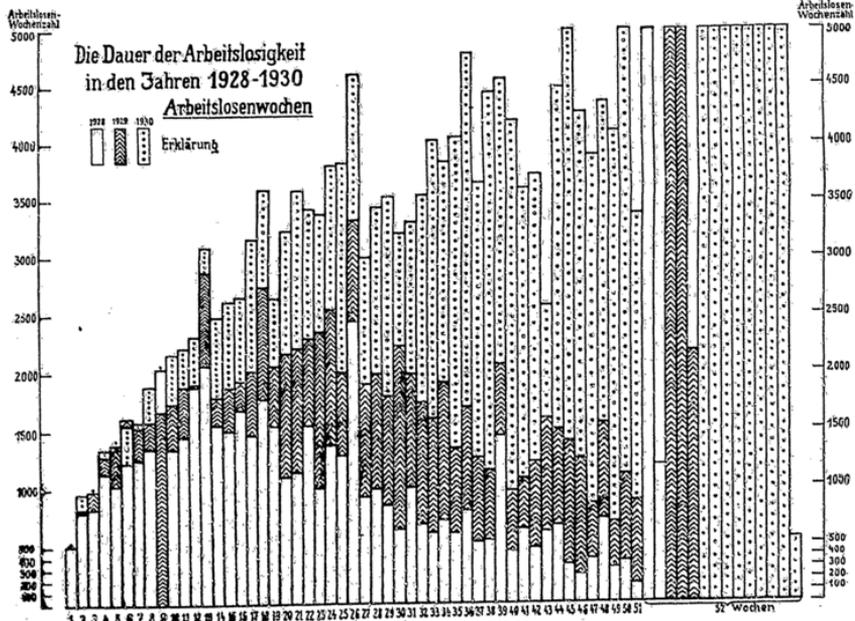
gehen, daß wie bisher zur Bestreitung der statutarischen Krankenunterstützung beträchtliche Mittel der Hauptkasse entzogen werden, welche gewerkschaftlichen Aufgaben dienen soll. Es muß jedem Kollegen einleuchten, daß die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes in der kommenden Zeit keine Zuschüsse aus gewerkschaftlichen Mitteln erhalten können. Der Angriff der Schwerindustrie auf das Schlichtungswesen, die Unterhöhung auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Tariffrechts lassen den Schluß zu, daß die Gewerkschaften vor einer Zeitspanne stehen, in der sie mehr denn je Kampfmittel brauchen. Wenn wir das ganze Fragegebiet von diesem Gesichtswinkel aus betrachten, kann es nur die eine Lösung geben: Abbau der Krankenunterstützung, damit Zuschüsse dazu nicht mehr notwendig sind.

IV.
Es ist begreiflich, daß die Kollegenschaft ihr besonderes Augenmerk auf die Invalidenunterstützung richtet. Teils die rationalisierte Arbeitsweise, teils die Wirtschaftskrise lassen die Bedeutung dieses Unterstützungszweiges hervortreten. Die Zahl unserer Invaliden erfährt eine dauernde Erhöhung, und damit geht gleichzeitig eine stetig steigende Belastung der Hauptkasse. Am Jahreschluß 1928 hatten die 508 Invaliden diese Zahl, stieg bis zum Jahreschluß 1930 auf 715. Beim Abfassen dieses Artikels können wir feststellen, daß sich unsere Invalidenzahl gegenüber Jahreschluß 1928 um mehr denn 56 Prozent erhöht hat.

Mit dieser erhöhten Invalidenzahl ist eine weit größere Dauer der Invalidität verbunden. Die Bedeutung dieser Unterstützung für die Kollegenschaft, aber auch die starke Belastung der Hauptkasse als Folge davon, soll an einigen Zahlen gezeigt werden. Von den 154 invaliden Kollegen, welche in den letzten drei Jahren gestorben sind, ist die Gesamtunterstützungsdauer der Kollegen, die mehr denn 10 Jahre Invalidenunterstützung von uns bezogen haben, 355 Jahre. Fassen wir den Kreis zusammen, der länger denn fünf Jahre Invalidenunterstützung bezog, so kommen wir zu einer Zahl von 566 Jahren. Diese Zahlen sagen zu gleicher Zeit noch etwas anderes.

Es liegt ein Antrag vor, eine Änderung der Witwenunterstützung vorzunehmen. Der Verbandstag soll beschließen, daß dann, wenn ein Kollege drei Jahre und länger Invalidenunterstützung bezogen hat, Witwenunterstützung nicht mehr gewährt wird. Nehmen wir jenen Fall während des letzten Jahres, daß ein Kollege 27 Jahre lang Invalidenunterstützung bezogen hat und daß bei seinem Ableben noch Witwenunterstützung ausbezahlt werden mußte, so erkennt man die Notwendigkeit einer anderen Regelung. Es wird jederzeit nachzuweisen sein, daß der Verband bestimmt seine eingegangenen Verpflichtungen erfüllt hat, wenn auf längere Zeit Invalidenunterstützung gewährt worden ist. Wir geben immer wieder zu bedenken, daß gerade die Invalidenunterstützung jener Zweig ist, welcher in den nächsten Jahren noch weit höheren Ansprüchen ausgesetzt ist.

V.
In den vorhergehenden Abschnitten ist unsere Stellung zu den Anträgen zum Verbandstag dargelegt worden, die für die Kollegenschaft die bedeutungsvollsten sind oder an welchen einschneidende Veränderungen vorgenommen werden sollen. Noch ein kurzes Wort zu den übrigen Anträgen des Verbandsvorstandes und Verbandsbeirates. In verschiedenen Mitgliedschaften haben sich die Lokalkassen Einrichtungen geschaffen, welche neben den statutarischen Unterstützungen seitens des Verbandes noch Sonderunterstützungen gewähren. Auf diesem Gebiet finden wir eine große Unterschiedlichkeit in ganz Deutschland, was zur Folge hat, daß es zu den unliebsamsten Beschwerden gegenüber dieser Einrichtung geführt hat. Das Recht auf Unterstützung notleidender Kollegen soll den Mitgliedschaften durchaus nicht genommen werden. Es darf aber erwartet werden, daß es sich darauf beschränkt, daß nur ausgesteuerte Mit-



glieder oder solche, die sich in einer besonderen Notlage befinden, Sonderunterstützungen erhalten. Es muß mit dem Brauch gebrochen werden, daß neben den laufenden Unterstützungen noch Sonderunterstützungen gewährt werden. Eine weitere Veränderung soll der § 15 erfahren. Eine andere Regelung der Maßregelungsunterstützung macht sich insofern nötig, als auch hier nach den Richtlinien des A.D.B. verfahren werden muß, wobei wir noch hervorheben, daß auch die neuen Bestimmungen weit über die anderer Organisationen hinausgehen.

Die Neuregelung der Witwenunterstützung als auch im Sterbegeld für Mitglieder dürfte für den einzelnen Kollegen nicht von so großer Bedeutung und nachteiliger Wirkung sein. Wir glauben uns jedoch verpflichtet, auch hier einige Änderungen einzuführen, welche bei der großen Zahl der Summen, die hier ausbezahlt werden müssen, auch der Hauptkasse eine Erleichterung bringen.

VI.

Der Vorstand und alle Verbandskörperschaften sind sich darüber im klaren, was die Änderung der Satzungen für die Kollegenschaft bedeutet. Der Verbandstag hat die Aufgabe, einen Weg zu finden, der der jetzigen Lage gerecht wird. Wir leben in einer Notzeit, und es bleibt uns nicht erspart, zu Notmaßnahmen zu greifen. Wir sind uns bewußt, daß die Kollegenschaft den Ernst der Situation erkennt und leidenschaftlos zu diesem ganzen Fragenkomplex Stellung nimmt. Haben wir am Eingang dieser Abhandlungen die Behauptung aufgestellt, daß die gewerkschaftlichen Aufgaben das Primäre sind, so müssen wir jetzt am Schlusse diese Stellungnahme erneut unterstreichen. Das wichtigste überhaupt ist die Gewerkschaft, denn erst die Gewerkschaft ermöglicht die Existenzgrundlage unserer Kollegen. Jeder einzelne Kollege soll sich immer vor Augen halten: in einer Zeit der kollektivistischen Regelung der Arbeitsverhältnisse ist der einzelne mehr denn je machtlos. Es gilt für die deutsche Arbeiterklasse als auch für uns, Errungenes zu erhalten und drohenden Gefahren zu begegnen. Versagen wir deshalb dem Verband die Mittel nicht, die er vor allen Dingen nötig hat, um seinen gewerkschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden. Unsere Organisation hat sich innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung eine Stellung errungen, die sie zu weiterem verpflichtet. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen dürfte die Entscheidung für die Kollegenschaft als auch für die Delegierten der Kollegenschaft in Erfurt nicht schwer fallen. Stärkung der Organisation bedeutet Festigung unserer Arbeitsverhältnisse!

Gegen die Dolchstößler

Es ist im Laufe der Auseinandersetzungen mit den Unternehmern über Krisenursachen an dieser Stelle mehrfach darauf hingewiesen worden, daß in Deutschland — und nicht nur da — Interessenten der Krise am Werke sind, um sie zu verschärfen und zu vertiefen. Die Gründe sind verschiedenster Natur. Baisesspekulanten an der Börse verdienen gewaltige Summen beim Sturz der Papiere. Nationalsozialisten hoffen damit außenpolitische Geschäfte zu machen. Die Industriellenverbände vermehren und benützen die riesenhaft angeschwollene Reservearmee der Arbeitslosen zum Druck auf die Löhne und Verschlechterung oder Beseitigung der Tarifverträge. Nicht zuletzt kommen die Geldspekulanten, die ihr Vermögen in Papieren valutastarker Länder angelegt haben oder Devisen hamstern, die auf die Entwertung der Mark hinarbeiten, um daraus ihre Gewinne zu machen. Sei das Mittel wie es wolle, immer geht es zu Lasten der Arbeiterklasse im weitesten Sinne des Wortes.

Die im Spätherbst 1923 beendete Inflationsperiode hatte ihren Ausgangspunkt im Krieg. Anstatt entsprechende Steuern auszuschreiben — der Patriotismus der Kriegslieferanten hätte Schaden leiden können — wurde bereits 1915 die Notendruckmaschine zum erheblichen Teil Lieferantin für den gewaltigen Geldbedarf zur Kriegsführung. Helfereich erklärte damals, die Kosten werden die Gegner zu tragen haben, um hinter diese Phrase seine inflatorische Finanzpolitik zu verstecken.

Als das deutsche Volk das Opfer dieser Politik wurde, kreischten die Soldschreiber der Besitzenden, daß die Löhne der Arbeiter schuld an der Inflation wären. Wie z. B. in der letzten Zeit die Propaganda der kapitalistischen Presse über die „hohen“ Löhne der Arbeiter ihre Wirkung nicht verfehlte, so auch damals nicht, obwohl heute bald jedes Kind weiß, daß der deutsche Arbeiter nie so jämmerlich bezahlt war als in der Zeit, in der die Inflation ihre Wirkung zeigte. Und es werden keine 5 Jahre ins Land gehen, bis es sich ebenso deutlich zeigen wird, daß die Löhne und Gehälter der deutschen Arbeiter und Angestellten und des größten Teiles der Beamten viel zu gering im Verhältnis des nationalen Einkommens und der Gütererzeugung war und daß gerade diese Tatsache die Krise unendlich vertiefte.

In der ersten Jahnhälfte 1931 stand die Mark wieder vor dem Zusammenbruch. Rückblickend ist zu beobachten, daß schon längere Zeit starke Unsicherheit herrschte. Die Krisenmacher hatten im Zusammenspiel eine nur zu glückliche Hand. Wäre

ihr Streich gelungen — der nur vorläufig pariert ist — dann ist tausend gegen eins zu wetten, die Hetze gegen die, den Scharfmachern immer noch zu „hohen“ Löhne und gegen die bereits zum so- und sovielt Male abgebaute Sozialversicherung hätte mit beispielloser Schärfe eingesetzt.

Da trifft es sich gut, daß die Reichsbank ihre Maßnahmen zum Schutze der Mark wenigstens einigermaßen begründen muß und dabei sich gezwungen sieht, die Hintergründe etwas aufzudecken. Es ist nicht bestritten, daß die Zurückziehung ausländischer und besonders kurzfristiger Anleihen zu dem starken Abfluß von Gold und Devisen bei der Reichsbank mit beitrug. Hier wirkte sich die „geniale“ Anleihepolitik Schachts aus, der die Hereinnahme langfristiger Anleihen stark dröselte. Es entzieht sich aber auch der Nachprüfung, inwieweit zurückgezogene Anleihen aus deutschen Geldern stammten, die vorher ins Ausland gewandert sind.

Die Maßnahmen der Reichsbank in der kritischen Periode des Juni richteten sich aber gegen die inländischen Banken und Devisenaufkäufer. Die Reichsbank hatte bisher, wenn auch wider ihren Willen, die Devisenkäufe selbst finanziert. Die Privatbanken haben es verstanden, Wechsel, die sie sonst bei der Reichsbank nicht unterbringen können, durch Ausgabe eigener Wechsel, die von der Reichsbank diskontiert wurden, zu Geld zu machen. Auf diesem Wege erhielten sie gewaltige Reichsmarkbeträge in die Hände, die sie dazu benutzten, um Gold und Devisen bei eben derselben Reichsbank aufzukaufen. Der Dollar und besonders der Schweizer Franken gingen bereits zu steigen an, wenn auch nicht viel, so war das Wenige doch schon Grund zu wildesten Spekulationen.

Da kam am Sonntag, den 21. Juni die Botschaft des Präsidenten der USA. Schon am Dienstag darauf melden die Kurszettel ein Sinken der Devisen und ein starkes Angebot derselben. Die Hamster rückten mit ihren Vorräten heraus, die sie bereits mit etwas Verlust abgeben mußten. Die Angst vor größeren Verlusten zwang sie dazu.

Wir wollen uns diesen Vorgang recht scharf einprägen, denn noch ist nicht alle Tage Abend, immer noch haben es die Kapitalisten in der Hand, die Arbeiterklasse mit der Inflation zu überfallen und ihr einen Dolchstoß von hinten zu versetzen.

Der Hoover-Plan tritt in Kraft

Wie ist das Felerjahr auszunutzen

Nach 14 Tagen harten Ringens ist eine Einigung zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Frankreich und den sogenannten Hoover-Plan zustande gekommen. Diese 2 Wochen gehörten zweifellos zu den härtesten Belastungsproben, die Deutschland auszuhalten hatte. Noch in den allerletzten Tagen wurde seitens der Reichsbank erwogen, ob nicht weitere Maßnahmen zum Schutze der deutschen Währung eingeleitet werden sollen. Nun ist endlich dieser ungeheure Alprdruck von der deutschen Wirtschaft genommen, und die ganze Welt wird zweifellos aufatmen, daß eine Einigung über dieses schwierige Werk gelingen konnte. Wenn es schwer war alle widerstreitenden Interessen unter eine Formel zu bringen, so darf man nicht vergessen, daß noch niemals in der Geschichte ein so stark in internationale Wirtschaftsbeziehungen eingreifendes Abkommen so schnell realisiert werden konnte. Die meisten Menschen stellen sich, von der Froschperspektive ihres engen Interessenkreises aus gesehen, solche komplizierten Lösungen viel zu leicht vor. Bei Licht besehen wirken solche Dinge ganz anders. Man muß bedenken, daß der Young-Plan für mehr als ein Dutzend Länder unmittelbar Bedeutung hat und die Budgets dieser Länder auf diese Regelung abgestimmt waren. Nun ist die unmittelbare Spannung beseitigt, und die zivillisierte Menschheit kann daran gehen, im Zeitraum eines Jahres das notwendige friedliche Zusammenleben gegenseitig so abzustimmen, daß die zermürbende Spannung beseitigt ist.

Im großen und ganzen dürfte der Plan des amerikanischen Präsidenten bekannt sein. Nach den Abmachungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten sieht die Regelung ungefähr so aus: 1. Die Zahlung der Regierungsschulden wird vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 eingestellt. 2. Das Deutsche Reich ist in dieser Zeit der Pflicht entbunden, Reparationszahlungen in fremde Währung übertragen zu müssen. Es hat jedoch den Betrag der ungeschützten Annuität, die von der Reichsbank zu leisten ist, zu zahlen, jedoch sollen diese Beträge der deutschen Reichsbank bzw. dem Deutschen Reich als Anleihe zurückerstattet werden. 3. Alle Zahlungen werden unter den von der amerikanischen Regierung angeregten Bedingungen verzinst und in 10 Jahresraten vom 1. Juli 1933 ab getilgt. 4. Es soll eine gemeinsame Aktion der zentralen Notenbanken durch Vermittlung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich zugunsten der europäischen Länder organisiert werden, die durch die Aufhebung der deutschen Zahlungen besonders in Mitteleuropa gezogen werden. Gedacht ist hier an die kleinen Länder wie Belgien, Jugoslawien, Rumänien usw. 5. Die Sachlieferungen und die ver-

schiedenen technischen Bedingungen, die durch die Anwendung des amerikanischen Vorschlags und des vorliegenden Abkommens notwendig werden, sollen durch einen Ausschuß von Sachverständigen geprüft und mit dem Geiste des Hoover'schen Vorschlages in Einklang gebracht werden.

Das sind die Grundgedanken des Abkommens zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und Frankreich. Der so formulierte Plan soll sofort in Kraft treten. Für uns ist es wesentlich, daß das Prinzip des Vorschlages von Hoover aufrecht erhalten geblieben ist. Amerika will sich dabei passiv verhalten und nur eingreifen, wenn es notwendig sein sollte. Hoffentlich treten dabei nicht neue Reibungen auf, damit endlich einmal von einem friedlichen Einvernehmen der so schwer leidenden europäischen Menschheit gesprochen werden kann. Ein Jammer ist es, immer wieder darauf hinweisen zu müssen, daß die Völker Europas alles Trennende zurückstellen müssen, um endlich einmal zu jenem Wohlstand zu gelangen, der ihnen nach dem Stande der Technik gebührt.

Was ist nun vom Standpunkt der Arbeiterklasse nach Eintritt des Feierjahres zu tun? Von vornherein muß die Illusion zerstört werden, als ob durch die Nichtbezahlung der Reparationsleistungen die Wirtschaftskrise sofort behoben sein könnte. Gewiß sind die 1600 Millionen, die Deutschland in einem Jahr zu leisten hat, keine Kleinigkeit. Man bedenke, daß im Laufe eines Jahres mehr als 2 Milliarden Auslandsgelder abgeflossen sind. Die Notendeckung beträgt unter Aufbietung aller verfügbaren Reserven 40 Proz., wo sie sich bis vor kurzem noch auf der Höhe von 60 bis 70 Proz. bewegt hatte. Das wichtigste, was getan werden müßte, ist u. E. die Stärkung der Reichsfinanzen. Das Reich muß von den drückenden schwebenden Schulden, die meistens kurzfristig sind, befreit werden. Es muß mit Energie daran gegangen werden, die öffentlichen Verwaltungen so sparsam als möglich zu gestalten. Alle überflüssigen Ausgaben, wie der Bau von Kriegsschiffen usw. haben zu unterbleiben. Das Reich, die Länder und die Gemeinden müssen befähigt werden, ihre sozialen Aufgaben unter allen Umständen befriedigen zu können. Notwendig scheint es vor allem, das Vertrauen zu der öffentlichen und privaten Wirtschaft soweit zu festigen, daß das entflohenen Auslandsgeld wieder zurückzukehren beginnt. Es müßte versucht werden, dies in der Form von langfristigen Krediten zu bewerkstelligen. Kurzfristige Kredite in größerer Höhe sind ein Unglück für die Wirtschaft. Schon zum drittenmal hat die plötzliche Kündigung derselben zu schweren Erschütterungen geführt. Haben wir es doch erleben müssen, daß sogar Investitionen von nicht geringem Ausmaß mit kurzfristigen Krediten finanziert worden sind. Wir brauchen nichts so notwendig als ausländisches Kapital, damit wir in die Lage versetzt werden, die deutsche Wirtschaft wieder anzukurbeln. Wenn es z. B. gelänge, große Arbeitsbeschaffungsprogramme durch langfristiges Auslandskapital in Angriff zu nehmen, dann würde die Arbeitslosigkeit zweifellos gemildert werden können. Die deutsche Reichsregierung, die Reichsbank und alle in Frage kommenden Stellen müssen den Versuch unternehmen, das Vertrauen soweit zu festigen, daß der Auslandskredit in der gewünschten Form wieder nach Deutschland zurückfließen kann.

Die Notverordnung ist am 1. Juli in Kraft getreten. Mitte Juli erhalten die Arbeitslosen zum erstenmal die gekürzten Unterstützungen. Die Beamten erhalten niedrigere Gehälter und die Krisensteuer muß von den Arbeitern und Angestellten bezahlt werden. Eine Kaufkraftabschwächung größten Stils tritt ein. Jetzt ist es an der Zeit, an die Umwandlung der Notverordnung heranzugehen. Der soziale Druck, der auf den Massen in Deutschland lastet, ist nicht minder gefährlich, als das Fehlen von Auslandsgeld. Er muß durch schleunigste Revision der Notverordnung gemildert werden. Dies kann schon geschehen dadurch, daß die Beträge für Subventionen, die in der Notverordnung enthalten sind, gestrichelt werden. Subventionspolitik, auch unter dem Mantel von sogenannter Arbeitsbeschaffung, ist immer gefährlich. Man sollte schleunigst damit Schluß machen. Eine großzügige Revision der Notverordnung mit dem Ziele, den Druck auf die schwachen Schultern zu mildern und den Opfern der Krise, den Arbeitslosen, ausreichende Unterstützungen zu gewähren, wäre eine Beseitigung des sozialen Drucks und damit eine Erleichterung für den Aufbau der deutschen Wirtschaft.

Das Feierjahr tritt in Kraft. Deutschland erhält eine Schonzeit von 12 Monaten, innerhalb der es Zeit hat, notwendige Reformen zum Wiederaufbau der Wirtschaft einzuführen. Die Erhaltung der deutschen Arbeiterschaft scheint uns das wichtigste dabei zu sein. Die deutsche Arbeiterschaft trägt seit zwei Jahren eine Last mit einer Geduld, die bewundernswert ist. Ein Feierjahr der Reparationen muß ihr diese Last erleichtern. Dafür wollen wir uns einsetzen. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten, vor allem die Gewerkschaften, leiden aber nicht minder unter der Krise. Die nächste Zeit sollte benutzt werden, sie wieder finanziell und organisatorisch soweit zu kräftigen, damit sie instande sind, kraftvoll in die Geschehnisse der Zeit einzugreifen.

VERBAND UND BERUF

Allgemeinverbindlichkeit des Formstechertarifes

Für den am 6. März 1931 zwischen dem Verband Deutscher Formstechereibesitzer und dem Verband der Lithographen, Sreindrucker und verwandte Berufe abgeschlossenen Reichstarif für das Formstechergewerbe ist ab 1. Juli 1931 die Allgemeinverbindlichkeit erklärt worden.

Bekanntmachung

Auf Antrag der Mitgliedschaft Berlin wurde der Tiefdruckzähler *Karl Augustin* Buch-Nr. 47591 nach § 6 Abs. 2 a aus dem Verbands ausgeschlossen. Der Chemigraph *Wilhelm Mattiz* Buch-Nr. 59222 wurde infolge Betrugereien und Beitragsresten aus dem Verbands gestrichen.

Der Verbandsvorstand.

„Rationalisierte“ Umgangsformen

Die Firma Dr. Selle-Egysler AG., eine unserer größten Berliner Buchdruckereien, richtete nachstehendes Schreiben an ihre Betriebsvertretung:

„Unter der Belegschaft sind Elemente, die die Arbeitszeit dazu benutzen, Bännen Bretter zu stellen und sie zu zersägen. Es ist uns leider nicht gelungen, dieses Gesindel zu erwischen, wir haben nur auf der Damentoilette des Buchdrucks im 1. Stock die zersägten Bretter und die Säge finden können. Das Zersägen des Holzes geschah größtenteils in der 2. Schicht und auch vor Beginn der 1. Schicht. Zur Ermittlung dieser Elemente brauchen wir dringend Ihre Unterstützung, da sonst die ehrlichen Arbeitnehmer dadurch leicht in den Verdacht der Täterschaft geraten können.“

Betriebsdirektion.
gez. Ohle.“

Die gesamten Funktionäre der Belegschaft der Selle-Egysler AG. haben sich mit obigem Schreiben beschäftigt und folgendes dazu zu erklären:

Bei der Belegschaft, an deren Betriebsvertretung obiges Schreiben gerichtet ist, handelt es sich um eine Arbeitergruppe, die in einem der technisch durchorganisiertesten Betriebe des graphischen Gewerbes seit Jahren unter nicht leichten Verhältnissen ihre Pflicht getan hat. Die Nachteile der Rationalisierung hat die Arbeiterschaft fast vollständig allein getragen, bestehend aus bedeutender Einschränkung des Personalbestandes bei gleichzeitiger starker Erhöhung der Produktionsleistungen, ohne irgendwie materiell oder ideell entschädigt zu werden, im Gegenteil, sich auch noch den üblichen Lohnabbau hat gefallen lassen müssen.

Bei dem von dem Betriebsleiter in so kraftvollen Ausdrücken gerügten Vergehen handelt es sich um fast wertloses Verpackungsmaterial, dessen Mitnahme in kleinen und kleinsten Mengen in den meisten graphischen Betrieben, wenn nicht gestattet, so doch stillschweigend geduldet wird.

Ohne das Recht der Firma, auch die Mitnahme so wertloser Materialien zu untersagen, irgendwie beschränken zu wollen, sind wir doch der Meinung, daß bei so geringfügigem Vergehen die Belegung der Arbeiter mit solchen Ausdrücken eine Unverschämtheit darstellt.

Die gesamte freigeworbene und pflichtbewußte Arbeiter- und Angestelltenchaft, die alle Not und Opfer dieser schweren Zeit mit äußerster Nervenkraft trägt, verwahrt sich auf das entschiedenste gegen eine so maßlose Beschimpfung aus so geringer Ursache. Sie hat darüber hinaus starke Zweifel, ob ein Betriebsleiter, der so hemmungslos ist und so wenig Verständnis für die Psychologie der Belegschaft hat, die geeignete Person ist, um zum Wohl des Betriebes tätig zu sein.

Einerstes Wort in schwerer Zeit oder gleiche Ursachen gleiche Wirkungen

Die Wahrheit dieser Worte zeigt sich bei unseren amerikanischen Kollegen. Am 6. März 1931 das gelobte Land für alle unsere Berufskollegen, hat heute ebenso gegen das Elend der Arbeitslosigkeit zu kämpfen, als unsere eigenen Kollegen in Deutschland. Wie ernst und schwierig es ist, diese unhaltbaren Zustände zu bessern, zeigt folgender Artikel, welcher in der Aprilnummer unseres amerikanischen Bruderorgans „Lithographers Journal“ stand:

Evolution oder Revolution. Verzweifelte Anstrengungen sind von modernen Nationalökono-

men und weitersehenden Geschäftsleuten gemacht worden, um dem gegenwärtigen Geschäftsniedergang den Stachel zu nehmen. Mit Scheu und Furcht sehen sie auf den nächsten Tag, vollständig überzeugt, daß, wenn nicht bald eine große Änderung geschieht, eine soziale Katastrophe unvermeidlich ist. Diese vernünftigen Denkenden und weifer Voraussiehenden in der kapitalistischen Klasse sind das, was die Gewerkschaftsmitglieder in der Arbeiterklasse sind, die Leiter und Führer konstruktiv aufbauender Ideen. Sie sehen weiter und denken vernünftiger, als die gewöhnlichen Volksmassen, und darum stehen ihre Schlußfolgerungen nicht immer im Einklang mit den reaktionären oder konservativen Kapitalisten. Ja, diese Leute gehen einen schweren und weiten Weg, weit genug, um die alte Reaktion zu vermeiden und doch noch nicht weit genug, um die Welt vor zukünftigem Geschäftsniedergang zu retten. Sie schlagen kürzere Arbeitszeit vor, höheren Lohn, Arbeitslosenversicherung usw.

Das ist alles ganz richtig. Die Annahme solcher Maßnahmen würde die gegenwärtige Geschäftsdepression zweifellos überbrücken oder besser gesagt die gegenwärtige ungeheuerliche und sehr große Arbeitslosigkeit. Aber leider sind solche und ähnliche Maßnahmen ohne grundlegenden Wert. Sie dürften nur den Anfang bilden zur Beendigung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, aber sie sind nicht die Mittel in sich selbst, solche Zustände für die Zukunft zu verhüten.

Um nun damit endgültig aufzuräumen, haben wir zuerst zu fragen: Was verursacht die periodische Arbeitslosigkeit? Nachdem wir dies festgestellt haben, haben wir durch Anwendung wissenschaftlicher Methoden und Beweise zu zeigen, daß es für jedermann einleuchtend sein muß, daß durch kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn dies allein noch nicht das Heilmittel ist, uns vor dieser Not in der Zukunft zu bewahren. Um unser Grundrecht festzusetzen, müssen wir zuerst feststellen, was unsere Nation verbraucht und wieviel der Auslandsmarkt fähig ist aufzunehmen.

Nachdem wir zuverlässige Angaben betreffs dieser Sache zur Hand haben, wird es nötig, die Industrie zu klassifizieren und zu registrieren nach dem gesetzlich festgestellten Umfang der Geschäfte in den verschiedenen Industrien. Dann ist nach vollständiger Erledigung dieser Aufgabe ein Verzeichnis des gesamten Inventars aller nützlichen Fabriken in ein reines Zahlenverhältnis niederzuschreiben.

Jetzt sind wir angekommen, wo wir einen schöneren Vergleich haben zwischen den diesbezüglichen Menschenkräften und dem investierten Kapital, so erkennen wir den bestehenden Zustand von der betr. Industrie. Dadurch lernen wir kennen, wo und in welcher Ausdehnung eine Industrie überkapitalisiert ist, entweder in seiner Einrichtung resp. Ausstattung oder an Menschenkraft oder in beiden. So kommen wir zu einer Situation, wo wir endlich Ordnung in diesem Chaos kriegen.

Mit verhältnismäßig zuverlässigen Zahlen zur Hand, sind wir jetzt befähigt, ein neues System aufzustellen von den Hilfsquellen unseres eigenen Landes. Dies mit einem Sinn von Gerechtigkeit durchzuführen, würden wir anzufangen haben mit der Errichtung eines sogenannten Repräsentantengerichts für jede Industrie, wählbar und verantwortlich zu der resp. gesamten Wählerschaft. Diese Wählerschaft soll aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern der betreffenden Industrie bestehen. Ein solches Industriegericht könnte so eingerichtet werden, daß bestimmte Branchen der betr. Industrie zu erkennen sind und jede anerkannte Branche ist zu einem Repräsentanten berechtigt. Einer wird gewählt von den Arbeitgebern und einer von den Arbeitnehmern. Die lithographische Industrie könnte sich z. B. unter einem einheitlichen Begriff beknennen wie Farbenlithographie, Gewerkschaftszeichen und Buchhändler, Merkantildrucker, Notendrucker und Schwarzdrucker. Ein solches zusammengestztes Gericht könnte nun die Gesetze einer guten Geschäftsethik niederlegen, ebenso die Geschäftspraktik; in anderen Worten eine allgemeine Grundlage zu formulieren für die gesamte Geschäftsoperation des Berufes, welches unter seinem Gerichtsbezirk kommt. Zur exakten Durchführung und Entlastung seiner Pflichten müßten noch bezirksweise Gerichte aufgestellt werden.

Jetzt können wir fortschreiten in der Organisation von Nationalgerichten, welche zusammengesetzt werden könnten von zwei Repräsentanten aus jedem Bezirksgericht, und zwar je einer von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Pflicht des Nationalgerichts würde sein, die Angelegenheiten auszugleichen bezüglich der Bezirksgerichte und die allgemeine Ausführung zu beaufsichtigen sowie die Beachtung der Arbeitsgesetze der industriellen Körperschaften. Das würde umschließen die Löhne, Arbeitszeit, Produktionsmethoden, Ge-

schaftsdifferenzen, neue Entwicklungen, mechanische und technische Erfindungen, Fortschritte im Laboratorium, Prüfen der Arbeit und die eigene Einteilung und Bestimmung der Arbeiter in den Geschäften. Dann über diese Gerichtshöfe ein Amt der Anordnung, eine Körperschaft, welche ein wachsames Auge hat über die industriellen Bewegungen und Veränderungen, welche die Richtung zeigen und die Absicht des Wechsels, und wenn man sieht, daß der schwankende Wechsel Platz greift, dies mit der geringsten Reibung und möglichst ohne Störung zwischen Kapital und Arbeit vor sich geht. Teils sollte es seine Pflicht sein, neue Arbeitsgelegenheit zu eröffnen für die Arbeiter, welche durch neue Maschinen entlassen sind. Die Arbeit soll ebenso gut wie die Geschäftsanlagen gegen Schaden versichert sein, entstanden durch industrielle Entwicklungen, welche schädlich sind für den Arbeiter oder für den Arbeitgeber oder für beide. Dies würde sich sehr gesund erweisen und ein praktisches Mittel sein, um die Gebräuche bei Einführung von neuen Maschinen zu überwinden. Nichts ist sicherer und dem heutigen System zuträglicher, als Geschäftsstabilität für das Kapital sowohl als für die Arbeit. Diese Bedingungen, so durch Vernunft gegründet und von einer gesunden Politik geführt, würden die Zahl der Bankrotte und der Arbeitslosigkeit auf ein Minimum beschränken. Mit einem erstaunlichen Grad würde es die Hauptsachen beseitigen, die zu den verübten Verbrechen und schlechten Nebenerscheinungen führen und die Armenhäuser und Gefängnisse bedeutend vermindern. Auch eine ganze Anzahl von Einrichtungen könnte die Gesellschaft abschaffen, welche heute noch aufrecht erhalten werden, aber für die tausende Übeltäter geistig und körperlich nur eine Qual sind. Dieser Artikel kann nur als ein kleiner Umriss betrachtet werden, aber wertvoll, um Produktion und Konsumtion ins Gleichgewicht zu bringen. Das ist heute eine brennende Frage, was soll werden: „Evolution oder Revolution“. In diesem Artikel haben wir versucht zu zeigen Fortschritte der Entwicklung. R. S.

Führerwechsel im Reichsverband

Im Reichsverband der Deutschen Industrie steht ein Wechsel in der Führung bevor. Der bisherige Vorsitzende, Geheimrat Dr. Duisburg, will sein Amt niederlegen. An seine Stelle soll Herr Krupp von Bohlen und Halbach treten. Dieser Führerwechsel im Reichsverband ist etwas mehr als ein Wechsel der Persönlichkeiten. In der Vorkriegszeit war es selbstverständlich, daß die Schwerindustrie die ersten Posten in den zentralen Organisationen des Unternehmertums besetzt hielt. Das ist nach dem Kriege anders geworden. Allgemein wurde die größere Bedeutung der Fertigungsindustrie und der chemischen Industrie erkannt. Deshalb rückten auch die Vertreter derselben in die Leitung der Großorganisationen vor. Durch den Wechsel im Reichsverband scheint eine Änderung des Systems einzutreten. Ein Vertreter der Schwerindustrie tritt wieder an die Spitze dieser mächtigsten Organisation der Industrie. Die Arbeiterschaft hat damit zu rechnen, daß die Männer der schärfsten Tonart bei den Unternehmern wiederum das Heft in die Hand bekommen, was auf die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit nicht ohne Einfluß bleiben wird. Unsererseits haben wir dafür zu sorgen, daß wir einem evtl. Tendenzumschwung in den Unternehmerorganisationen mit einem größeren Widerstand begegnen können.

Was sind Wirtschaftsprüfer?

Man will in Deutschland dazu übergehen, öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer einzuführen. Diese Wirtschaftsprüfer sollen auf Grund von Richtlinien wirken, die in Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Regierungen der Länder einestells und den Handelskammern andererseits gepflogen wurden. Bei einigen Industrie- und Handelskammern sollen Zulassungs- und Prüfungsstellen errichtet werden, die die Auswahl und Prüfung der Bewerber vorzunehmen haben. Die Wirtschaftsprüfer werden von den obersten Landesbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen bestellt und in ihrer Tätigkeit von den Industrie- und Handelskammern überwacht. Mit der Einrichtung der Wirtschaftsprüfer wurde ein neuer Stand geschaffen. Man will Personen zur Verfügung haben, die c. Gewähr geben, daß ihre Gutachten richtig sind. Uns wäre es lieber, wenn einmal eine Stelle geschaffen würde, die Untersuchungen darüber anstellt, ob die Wirtschaftsprüfer, wie sie sich nennen oder nennen lassen, ihre Pflicht im vollsten Maße getan haben, um diese Wirtschaftskrise überwinden zu können.

Zur Schulpolitik der NSDAP. in Thüringen

Wenn die Stellung der Schule im Gesellschaftskörper von einem großen Teil der Staatsbürger (und vor allem der Lehrer), immer noch als autonom, d. h. als außerhalb der Gesellschaft täglich umbildenden Kräfte bezeichnet wird, so beweist das Schicksal der thüringischen Schule sehr sinnfällig, wie irrig die Behauptung ist.

Die Schule mit allen ihren Aufgaben wird bestimmt von den wirtschaftlichen Verhältnissen, von der gesellschaftlich-politischen Schichtung und ihrer Machtverteilung. Die Schule, und ganz besonders die Berufsschule, ist somit der Reflex der gesellschaftlichen Machtverhältnisse.

Wir haben in Deutschland Beispiele dafür, in welcher Weise Schul- und Erziehungsaufgaben des Staates von zeitbewußten Männern und Frauen gestaltet werden können, wenn diese durch günstige gesellschaftliche Machtverhältnisse an entscheidende Stellen gesetzt werden.

Die Thüringer Regierung Greil-Frölich hatte 1922 den beispiellosen Versuch unternommen, ein Schulsystem zu schaffen, das den Zeitaufgaben gerecht wurde. Wie aus einem Guß stand es da, vom Kindergarten bis zur Hochschule, selbstverständlich auch äußerlich von starkem sozialen Geist durchdrungen. Wir haben aber jetzt in Thüringen auch ein Beispiel dafür, was aus staatlichen Schul- und Erziehungsaufgaben werden kann, wenn Mächte am Ruder sind, die mit allen Mitteln bemüht sind, das Bildungsprivileg zu erhalten, um der Arbeiterschaft durch das kulturellen Aufstieg zu verwehren. Als das dokumentiert sich die Regierungstätigkeit des Nationalsozialisten Dr. Frick.

Es muß hier als bekannt vorausgesetzt werden, wie allmählich mit der Verschiebung der gesellschaftlich-politischen Machtverteilung, von 1924 bis zum Antritt des Ministeriums Dr. Frick, ein Stück nach dem anderen aus dem stolzen Bau der Thüringer Einheitsschule herausgebrochen worden ist. Unter Minister Frick ist dann der Abbruch soweit fortgesetzt worden, daß selbst die Bezeichnung „Einheitsschule“ durch Verordnung beseitigt worden ist.

Was hat sich nun seit der Amtsübernahme „des ersten deutschen Volksbildungsministers“ Dr. Frick“ auf dem Gebiete der Thüringer Schulen ereignet? Auskunft hierüber gibt am zuverlässigsten der von Dr. Frick aufgestellte Volksbildungsetat für 1931. Da sich Dr. Frick bei seiner Amtsübernahme selbst als den Exponenten seiner Partei und den Beauftragten Hitlers bezeichnet hat, ist die Fricksche Regierungstätigkeit als ein praktisches Beispiel nationalsozialistischer Kulturpolitik überhaupt zu werten.

Ganz besonders erschien Herrn Dr. Frick die Berufsschule als ein marxistisches Teufelswerk, das am besten ganz zu zerstören sei. So hat dann auch diese Schulart am stärksten unter ihm zu leiden. Mit Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrer von 28 auf 30, der Erhöhung der Klassenfrequenz und der Herabsetzung der Wochenstundenzahl der Schüler auf 6 für gelernte, auf 4 für ungelernete Berufe setzte es ein. Selbstverständlich betraf die Herabsetzung die gesellschaftskundlichen Unterrichtsfächer. Die Berufsmittelschule, die bisher die Berechtigung der mittleren Reife verliehen konnte, ist dadurch zum Absterben verurteilt worden, daß man das jährliche Schulgeld von 24 RM. auf 86 RM. erhöhte und ihr den Charakter einer Mittelschule mit der Berechtigung nahm. Danach kostet dem Arbeiterjugenden, der sich abends in dieser Schule weiterbilden will, die Jahresstunde 8,75 RM., während ein Schüler der höheren Schulen für die Jahresstunde nur 5 RM. zu zahlen hat.

Im Jahre 1928 gab es an der Thüringer Berufsschule noch 1030 planmäßige und nichtplanmäßige Stellen, den Nebenunterricht in Stellen umgerechnet. 1929 sind 36 Stellen abgebaut worden, es blieben also noch 994. Bei der Etaufstellung 1930 sind durch Frick 152 gestrichen worden, so daß noch 842 vorhanden waren. Der Etat für 1931 sieht abermals einen Abbau von weiteren 206 Stellen vor, es bleiben also nur 636 Stellen an Berufsschulen. Durch Dr. Frick sind also 40 Proz. Lehrerstellen an der Berufsschule abgebaut worden.

Nach der Etaufstellung von 1931 erfordert das Volksbildungsministerium 46 Mill. RM. Auf die Volksschule entfallen 31 Mill. RM., auf die höheren Schulen 11 Mill. RM., auf die Berufsschulen 3 1/2 Mill. RM. An den höheren Schulen wurden eingesparrt 50 000 RM., gleich 1 1/2 Proz., bei den Berufsschulen aber 450 000 RM., gleich 12 1/2 Proz. Ähnlich über ist es auch der Volksschule ergangen, bei der Dr. Frick 1930 169 planmäßige und 90 nichtplanmäßige Stellen und 1000 Stunden nebenamtlichen Unterricht, 1931 noch 10 Lehrerstellen abgebaut hat, obwohl die Zunahme der Schulkinder in den beiden letzten Jahren die Schaffung von 350 neuen Lehrerstellen erfordert hätte.

Für die Fortbildung der Lehrer an den Volksschulen werden folgende Summen verausgabt: 1928: 9230 RM., 1929: 5000 RM., 1931: 4000 RM.

Für Lehrer an den Berufsschulen: 1928: 27 092 RM., 1930: 2000 RM., 1931: 1500 RM.

Für Lehrerbüchereien: 1927: 5900 RM., 1931: 2000 RM.

Zuschüsse zur Förderung der Leibesübungen der Schuljugend: 1927: 11 021 RM., 1928: 8975 RM., 1931: 3000 RM.

Zuschüsse für das neutrale Volksbildungswesen: 1927: 56 090 RM., 1930: 17 710 RM., 1931: 3000 RM.

Für die Lernmittelfreiheit an sämtlichen Schulen: 1927: 324 393, 1930: 225 000, 1931: 180 000 RM.

Beihilfen an bedürftige Gemeinden zu Schulbauten für Volks- und Berufsschulen: 1928: 438 700, 1930: 100 000, 1931: 65 000 RM.

Unter der Mithilfe der NSDAP. ist die Stafelung des Schulgeldes für die mittleren und höheren Schulen nach den Einkommensverhältnissen der Eltern beseitigt worden, es beträgt für alle Schüler rund 200 RM. In der gleichen Zeit sind aber auch die Erziehungsbeihilfen von Jahr zu Jahr verkürzt worden:

1929: 427 839, 1930: 252 500, 1931: 245 800 RM.

Vergleichsweise seien hier einige Zahlen aus dem Polizeistaat Dr. Fricks genannt. Danach werden gefordert für die Polizeipferdehaltung 40 000 RM., für Hundehaltung bei der Polizei 3000 RM. Für die Hundehaltung gibt Frick also genau so viel aus wie für das gesamte neutrale Volksbildungswesen oder für die Pflege der Leibesübungen der Schuljugend!

Mit welchen Mitteln Dr. Frick gegen die weit über die engen Grenzen des Thüringer Ländchens hinaus bekannte Heimvolkshochschule Schloß Tinz, vorgegangen ist, verdient auch der Erwähnung. Die Schule, die durch einwandfreie Staatsverträge, in genau vorgeschriebenem Umfang vom Staat aufrecht zu erhalten ist, wollte Dr. Frick durch Entzug der Mittel kaputt machen. Der Staatszuschuß betrug 1929 noch 46 687 RM. In den neuen Etat 1931 sind aber nur noch 13 850 Reichsmark eingesetzt worden. Die Volkshochschule Tinz hat darauf den Thüringer Staat beim Staatsgerichtshof in Jena verklagt und Herr Dr. Frick hat auch diesen Prozeß verloren. Wenn es aber darauf ankommt die nationalsozialistischen Volkshochschulen Bad Berka, Neudietendorf und Nohra zu unterstützen, da sind Staatsmittel reichlich vorhanden.

Überhaupt ist Geld da, wenn es um die Förderung nationalsozialistischer Dinge geht. Da wird gegen den Willen der Universität Jena eine eigene Rasseprofessur (Günther) eingerichtet, für die keinerlei Bedürfnis vorliegt. Im Durchschnitt werden Günthers Vorlesungen von nur 12 Studenten besucht. Der alte 70jährige Nationalsozialist und Literaturprofessor Bartels, erhält durch Dr. Frick einen Lehrauftrag an die Universität Jena und Kunsthochschule Weimar und wird dafür reichlich entlohnt. Ein ganz besonderes Kapitel ist die Kunsthochschule Weimar mit dem Nazimann Schultze (Naumburg) an der Spitze. Diese Kunstgewerbeschule, die an sich überhaupt keine Lebensberechtigung mehr hat, ist zu einem Institut für Nationalsozialismus geworden, das der Staat zu bezahlen hat.

Das ganze Regierungssystem Dr. Fricks findet aber seine Krönung in der Einrichtung der fünf „Fachberatungsstellen“ im Volksbildungsministerium. Sie wurden verlangt, da Dr. Frick nicht nur land- sondern auch personalfremd sei, wie ein Regierungsvertreter im Landtagsausschuß offen zugestanden hat. Diese Fachberater, Parteigenossen des Ministers, dirigieren eigentlich das gesamte Volksbildungsministerium. Ohne ihre Zustimmung kann nichts unternommen werden; sie sind dabei nur dem Minister verantwortlich, der Staat muß sie aber bezahlen. In den Händen dieser persönlichen Leibbeamten Dr. Fricks, laufen die weitverzweigten Fäden eines ausgebauten Spitzelsystems zusammen, das sich über das ganze Land erstreckt. Hier wird über den Abbau, die Versetzung, Entlassung von republikanischen Beamten, Lehrern oder Privatangestellten entschieden. Alle die nervenverbrauchenden Nadelstiche, Kränkungen und niedrigen Schikanen gegen republikanische Lehrer sind durch die Fachberater ausgeübt worden. Es ist ganz selbstverständlich, daß von dem Abbau nur republikanische Volksschullehrer, Gewerbelehrer, Kandidaten und Anwärter betroffen worden sind. Nationalsozialisten, selbst wenn sie erwiesenermaßen unfähig sind, kommen für den Abbau gar nicht in Frage. Unglaubliche Ungerechtigkeiten haben sich in Personalangaben unter der Ministerschaft Fricks in Thüringen abgespielt.

Es ist unmöglich, im Rahmen eines solchen Artikels alle Regierungsmaßnahmen Dr. Fricks zu zitieren. Nur an eine Ungeheuerlichkeit, an die amtlichen Schulgebete, sei noch erinnert. In ihnen wird der Christengott, trotz allem Antisemitismus, zum Kriegs- und Rachegott der Israeliten; es ist Wotan, der hier „Vater im Himmel“ genannt wird und vor einen bluttriefenden Parteiwagen gespannt werden soll. Die Schulgebete sind aus berufenem Munde als Blasphemie bezeichnet worden; der Reichsstaatsgerichtshof hat sie für unzulässig erklärt, Herr Minister Dr. Frick hat sie aber nicht zurückgezogen!

Abschließend ist zu sagen, daß die Regierungstätigkeit Dr. Fricks bewiesen hat, was der Nationalsozialismus kulturpolitisch will. Wenn das Kulturprogramm der NSDAP. ein Gemisch ist von unklaren, widersprüchlichen Phrasen und Verständnislosigkeiten gegenüber unserer Kulturentwicklung, unseren Kulturaufgaben und Erziehungsproblemen; so liegt die kulturpolitische Praxis dieser Partei klar vor uns. Sie ist besessen von Brutalität und Zerstörungswut gegenüber allen Kultureinrichtungen unserer Zeit, ganz besonders aber gegenüber dem Kulturaufstieg der Arbeiterklasse. Der Beweis ist gegeben, mögen alle Einsichtigen daraus lernen, ehe es zu spät ist. Karl Friedrich.

Vom Büchertisch

Neuerscheinungen im Bücherkreis

Der Baldamus und seine Streiche. Von Oskar Wöhrle. Roman. Neue, veränderte, endgültige Fassung. Jubiläumsauflage. 92. bis 100. Tausend. 1931. Einband und Typographie: Jan Tschichold, München. 224 Seiten. Ganzleinen. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 Mk.

Als der Baldamus kurz vor dem Kriege zum ersten Male mit seinen derben Streichen vor die Öffentlichkeit trat, da errang er gleich einen durchschlagenden Erfolg. Und der ist ihm bis zum heutigen Tage treu geblieben, so daß sein jetziger Verlag nunmehr die Jubiläumsauflage (92. bis 100. Tausend) herausgeben kann. Bei Gelegenheit hat der Autor sein jugendvergehend überarbeitete. Zugleich hat der Verlag durch den bekannten Münchener Buchkünstler Jan Tschichold die Ausstattung des Buches modern gestalten lassen. Beides ist dem „Baldamus“ ausgezeichnet bekommen.

Der Elsässer Wöhrle erzählt in dem Roman die Geschichte seines eigenen unbegründeten Jugend. Nach dem Bruch mit dem Elternhaus und dem bürgerlichen Beruf - er soll Schulmeister werden - versucht sich der Baldamus zunächst in allerlei Beschäftigungen. Natürlich hält er es nirgends lange aus und so zieht er schließlich als tippelnder Kunde los. Er kommt zwar weit in Europa umher, muß aber überall feststellen, auch im Kundeneben ist es nicht anders eingerichtet als im bürgerlichen; der eigene Vorteil entscheidet. Zuletzt läßt er sich für die Fremdenlegion anwerben. Selbstverständlich desertiert er, und nach irenen Kreuz- und Querfahrten kehrt der verlorene Sohn in die Heimat zurück.

Diese kurze Inhaltsangabe könnte dazu verleiten, den „Baldamus“ als einen der zahllosen unwichtigen Kundenroman beiseitezuschieben. Das wäre grundfalsch. Ebensowenig ist er nur ein heiterer Unterhaltungsroman für Mußstunden, obwohl der Baldamus in allen Lebenslagen seinen allemännischen Humor behält. Gerade die Eigenwilligkeit und Widerborstigkeit dieses aufrechten Kerls, sein zäher Kampf gegen die rote Überlegenheit der Obrigkeit, unsere Sympathie beweisen uns, daß in diesem jungen Menschen unter der rauhen Schale ein gesunder männlicher Kern steckt.

Dieser autobiographische Roman ist ein Griff ins volle Menschenleben. Wir sollten ihm, jung und alt, ein Ehrenplatz in unserer Bücherei einräumen.

Arbetersport. Von Fritz Wildung. XVI und 158 Seiten im Großformat. Mit vielen Bildern und Sportaufnahmen auf Kunstdruckpapier. Halbleinen. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 Mk.

„Der deutsche Sport“ spricht aus dem Buch, das der „Bücherkreis“ über den Arbetersport herausgebracht hat. Niemand war in der Lage, so sachlich und klar und für die Jugend besonders wertvoll zu schreiben, wie Wildung. Er ist der Führer, der schon zu Beginn der Bewegung (1893) half, ihr Weg und Ziel zu geben. Zunächst begann er in Berlin die Arbetersportbewegung zu stärken und sie leistungsfähig zu machen. Seine sachlichen Fähigkeiten und die besondere Eignung als Führer veranlaßten bereits 1907 seine Berufung nach Leipzig zum ersten Vorsitzenden der Oberliga für Sport und Turnwesen. Als nach der Revolution der Arbetersport einen fast überhandnehmenden Aufschwung nahm, wurde ihm die Stellung des Generalsekretärs von der Zentralkommission für Arbetersport und Körperpflege mit dem Sitz in Berlin übertragen. Jetzt hat er in seinem Buch das Werden, den Umfang und die vielseitige Leistung der Arbetersportler geschildert. Das Buch bietet auch dem, der nicht unmittelbar in der Arbetersportbewegung steht, einen wertvollen Überblick. Erkennt man die Bedeutung der sozial-kulturellen Bedeutung der Sport im allgemeinen und der Arbetersport im besonderen gelangt ist. Das Buch hat der „Bücherkreis“ in prächtiger drucktechnischer Aufmachung reich illustriert herausgebracht. In keiner Bücherei darf für die Zukunft dieses Lebenswerk eines Mannes fehlen, der sich um die Entwicklung der sozialistischen Kräfte so große Verdienste erworben hat.

Das lustige Buch des Bücherkreises. Eine Sammlung von Humoresken und Grottesken, ausgewählt von Arthur Goldstein. 1931. Einbandentwurf und Typographie: Jan Tschichold, München. 256 Seiten. Ganzleinen. Verlag: „Der Bücherkreis G. m. b. H.“, Berlin SW 61. Preis 4,80 Mk.

Das Buch „beginnt mit einer Erklärung“, die der Frage vorbeugt, ob der Zeitpunkt richtig gewählt ist, um gerade jetzt ein „Lustiges Buch“ herauszugeben. Denn: „Kann man überhaupt noch lachen, wenn Hunger und Verzweiflung die Stunde regieren?“ Nicht alles wird allen gleichmäßig gefallen. Aber das Gesamturteil kann nur lauten: es ist das richtige Buch gerade für diese Zeit, denn „Humor ist, wenn man trotzdem lacht“, schreibt irgendwo O. J. Bierbaum. Und du wirst und muß lachen, Leser, ohne Gnade und Barmherzigkeit lachen, wie hier unserer heutigen Gesellschaft, ihren verschiedenen sozialen Typen und ihren sogenannten Idealen tödliche Schläge versetzt werden.

Nicht das Buch enthält ca. 50 Beiträge. In der Hauptsache kommen nur das Buch enthaltende Autoren zu Worte, u. a. R. Budzinski, K. Eitlinger, E. Grisar, E. Hofferich, Erich Kästner (mit bissigen Versen), K. Kindt, Hans Reiman, Roda Roda, Peter Scher, Tschichold, der Franzose André Dahl, der Amerikaner Weare Holbrook, der Australier Henry Lawson, die Russen M. Soschtschenko und Panteleimon Romanow etc.

Wer das frühere „Lustige Buch“ des Bücherkreises besitzt, wird trotzdem dieses neue daneben in seinen Bücherschrank stellen.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Unser Verband - unsere Kraft! / Gegen die Dolchstoßler. / Der Hoover-Plan tritt in Kraft.

Verband und Beruf: Allgemeinverbindlichkeit des Formstecherartefils. / Bekanntmachung. / „Rationalisierte“ Umgangsformen. / Ein ernstes Wort in schwerer Zeit. / Führerwechsel im Reichsverband. / Was sind Wirtschaftsprüfer?

Zur Schulpolitik der NSDAP. in Thüringen. / Vom Büchertisch.